



Die Sommersession 2020 fand wegen Corona in den Hallen der Bern Expo statt.

Bild: Alessandro della Valle/Keystone (Bern, 2. Juni 2020)

na Gpany (FDP). Zwei Eigenschaften verbinden die sieben: Sie schafften es, ihr Netzwerk über die Fraktion hinaus auszubauen, und sie reisten mit klaren Ideen oder viel Erfahrung nach Bern.

Die IT-Spezialisten Andrey und Mäder halfen massgeblich mit, das Gesetz für eine elektronische Identität (E-ID) zu bodigen. Mäder hatte die GLP-Fraktion vom Ja- ins Nein-Lager gedreht.

Ryser spielte bei Wirtschaftshilfen und Covid eine wichtige Rolle, Rüeegg brachte die Petition «Beizen für Buezer» durch. Pult gilt als etablierter Verkehrspolitiker. Würth bringt als Ex-Regierungsrat Erfahrung mit als Finanz- und Aussenpolitiker. Ökonomin Gpany übernimmt als zweite Frau das Präsidium der Finanzkommission.

Bis in die Sommersession 2021 war das Parlament vorwiegend mit den Auswirkungen der Coronakrise beschäftigt. Noch im März 2020 hatte es die Frühlingssession abgebrochen und sich abgemeldet. Später nahm es seine Kontrollfunktion mehr und mehr wahr gegenüber einem Bundesrat, der lange durchregiert hatte.

Das Parlament stützte die Wirtschaft bei den Härtefallregelungen und beim Erwerbsersatz für Selbstständige. Im Dezember legte es eine Parforceleistung hin, als es das Covid-Gesetz in beiden Räten parallel revidierte. Sitzungen begannen morgens um 6 Uhr und dauerten bis um 1 Uhr nachts.

Weniger ergiebig waren die Geschäfte, die nichts mit Covid zu tun hatten. Mit Ausnahmen. Die «Ehe für alle» kam durch, auch Regeln für Politikfinanzierung, die einheitliche Förderung der erneuerbaren Energien und neue Sozialleistungen für ältere Arbeitslose.

Die vier Bundesratsparteien liessen aber das Rahmenabkommen mit der EU in der Regierung abstürzen. Mitte, SP und FDP wollten der SVP keine Steilvorlage liefern für die Wahlen 2023. Die SVP ist per se gegen das Abkommen.

Dass sich alle Bundesratsparteien erneuerten, brachte zusätzliche Unsicherheiten in den Ratsbetrieb. SP, SVP und FDP wechselten Präsidenten und Präsidentin aus. Die CVP fusionierte mit der BDP zur Mitte und war ein Jahr lang mit Reformen beschäftigt.

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das den Klima-Aufbruch hätte markieren sollen, ging in der Abstimmung vom 13. Juni knapp verloren. Zwar ist nicht in erster Linie Rot-Grün für die Schlappe verantwortlich. Doch sie führt dazu, dass diese Legislatur trotz grüner Welle kaum zur Legislatur der Linken wird.

#### Die FDP und die SVP treiben viele Geschäfte voran

Viele Geschäfte, die den Durchbruch wohl schaffen oder bereits geschafft haben, werden von der FDP und der SVP vorangetrieben, wahlweise mit der Mitte oder der GLP.

Bei der Stabilisierung der AHV will die bürgerliche Koalition eine gemeinsame Lösung finden. Das plant sie auch bei der Reform der Beruflichen Vorsorge (BVG). Im Steuerbereich forciert sie die Abschaffung der ersten Tranche der Stempelsteuer und die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen. Die Streichung der Industriezölle ist ihr bereits geglückt. Mit den Vorlagen würde der Bund jährlich Einnahmen von 0,9 Milliarden verlieren.

Holt Rot-Grün 2023 das Phänomen von 2015 ein? Damals starteten FDP und SVP im Nationalrat mit einer absoluten Mehrheit. Bis 2019 erreichten sie kaum Nachhaltiges und galten als Verlierer. Ein Schicksal, das 2023 Rot-Grün droht. Der Linken bleibt nur noch eine Trumpfkarte: eine Referendumsflut. Vier sind bereits angedroht. Dazu kommt die Initiative gegen die Kampfsjets – faktisch auch ein Referendum.

## Die SVP macht mit schrillen Tönen auf sich aufmerksam

Der Start war holprig. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode verlor die SVP 12 Sitze im Parlament, was zum Rücktritt ihres Präsidenten Albert Rösti führte. Sein Nachfolger Marco Chiesa hatte Mühe, sich zu profilieren, und scheiterte mit seiner Initiative, die Zuwanderung zu begrenzen. Zur Legislatur-Halbzeit konnte der neue Parteipräsident aber doch noch auftrumpfen mit einem neuen Feindbild: die «Stadt-

schmarotzer». In der Coronapolitik fiel die SVP vor allem mit schrillen Schlagzeilen auf. So positionierte sich die Partei in der Rolle der Opposition und verglich die Regierung mit einer Diktatur. Zu ihrem lauten Auftreten trug auch ihre Forderung nach offenen Restaurantterrassen während der Pandemie oder ihr Protest gegen das Covid-Zertifikat bei. An der Urne konnte die SVP einige Erfolge verbuchen: In 10 von 17

eidgenössischen Abstimmungen war die Stimmbevölkerung auf der Seite der SVP. Dazu zählen zum Beispiel die Annahme der Burka-Initiative oder die Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Ebenfalls als grossen Sieg feierte die Partei, dass der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU nach sieben Jahren zäher Verhandlungen plötzlich beendete. Das feierte die SVP mit Höhenfeuern im ganzen Land. (nfa)

## Die FDP demontiert sich selbst

Natürlich das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Sein Absturz prägt das Bild der FDP zur Legislaturhalbjahrzeit. Die grüne Wende, von Parteipräsidentin Petra Gössi initiiert, erlitt damit eine Bruchlandung. Und Gössi ist weg. Zugewetzt hatten ihr Angriffe aus den eigenen Reihen. Nicht nur beim CO<sub>2</sub>-Gesetz trug die Partei Konflikte in aller Öffentlichkeit aus: Auch beim Rahmenabkommen sabotierten einzelne Figuren gezielt die Parteilinie. Und so

bleibt der Eindruck: In der ersten Legislaturhälfte war die FDP vor allem mit sich selbst beschäftigt. Möglich, dass sie nun mit dem neuen Präsidenten Thierry Burkart an Schwung gewinnt. Mit 29 Sitzen ist sie allerdings kein grosser Spieler mehr im Nationalrat. Prägender ist die Partei im Ständerat, wo ihre Vertreter durchaus einflussreich sind und Vorlagen prägen, etwa die AHV-Reform. Die Altersvorsorge ist eines der

Kernthemen der Partei geworden; auch dank jungfreisinniger Volksinitiativen. Die Partei hat zwar einen starken Gewerbeflügel, der im Lockdown auf raschere Öffnungen drängte. Doch dieser schien nicht gross durchzudringen. Die FDP stellte sich grundsätzlich staatstragend hinter die Coronapolitik des Bundesrates. Bei den Hilfgeldern wirkte es teils, als ob die SP fast stärker Gewerbspolitik betreibt. (lfh)

## Wofür steht die Mitte? Die alte CVP-Frage drängt sich auf

In die Legislatur gestartet sind sie noch als CVP und BDP. Inzwischen sind beide Parteien unter dem Dach der Mitte vereint. Doch wofür genau steht die neue Partei, die das Serbeln ihrer Vorgänger stoppen soll? Ihr Profil ist nicht geschärft. Solide, realpolitisch und pragmatisch ist die Politik; aber wenig auffällig. Und so stechen in der Aussenwahrnehmung vor allem profilierte Persönlichkeiten hervor, von denen die

Partei einige hat. An vorderster Front ist Präsident Gerhard Pfister. Er prägt die Partei. Ob dies genügt, wird erst ein Test an der Wahlurne zeigen. Konservative Bastion ist die Mitte jedenfalls nicht mehr: Die «Ehe für alle» liess die Ex-CVP ziemlich kalt. Eigene Projekte wie die lange angekündigte Initiative gegen die Heiratsstrafe scheinen im Wachkoma. Doch nach wie vor ist die Partei das Zünglein an der Waage. Dies zeigte

sich, als es um die Frage ging, ob zwangsgeschlossene Betriebe ihre Miete erstattet erhalten. Die Mitte-Nationalräte waren dafür, die einflussreichen und selbstbewussten Ständeräte dagegen. Am Ende scheiterte die Vorlage, auch weil die Mitte nicht geeint war. Aufgerufen in diesem innerparteilichen Hin und Her wurde Andrea Gmür. Nach nur kurzer Zeit gab die Luzerner Ständerätin das Fraktionspräsidium wieder ab. (lfh)

SVP

FDP

Die Mitte